

WOLF R. Prunz

3444 1926
J. P. 75

Diensthliche Anweisung
in den Ablehnungsanträgen
des Angeld. Baader, Mensch,
Kunze und Raspe.

1) Soweit behauptet wird, ich hätte in
jastreichen Erklärungen zu kommen
gegeben, dass die Mitglieder des Senats
bei ihren Entscheidungen das (mögliche)
Wort des Massenmedien berücksichtigen,
steht es an der Bezeichnung der Erklärungen,
die das belegen sollen. Ich kann dazu
keine Stellung nehmen. Die Entscheidungen
des Senats sind ohne Rücksicht auf das
Wort des Massenmedien zu Stande gekommen.

2) Das Besondere an die "Stuttg. Zeitung" ist
von Herrn Dr. Fock während eines kurzen
Besuchs, den ich genommen hatte, verfasst und
abgesandt worden (dass die Unterschrift
"i. V.").

3449 2743

3) Das Schreiben an "Die Zeit" ist ohne mein Wissen verfasst und abgesandt worden. Ich kenne den Inhalt nicht. (2)

4) Im SDR wurde zwischen 17⁰⁰ - 18⁰⁰ h ein aktueller Beitrag angekündigt, der die Frage zum Gegenstand hatte, ob sich Kooperationsunfähigkeit so leicht feststellen lässt, wie das (sinnfälliger) in Stammheim der Fall zu sein scheint. Ich wies die Redaktion telefonisch darauf hin, dass man sich die Frage in Stammheim nicht so leicht machen u. prüfen kann. Im zeitlichen Absatz meiner dienstlichen Anwesenheit vom 3.7.75 (Anlage 1). Diese vom tatsächliche Unterdichtung ist gegen meinen Willen in der Sendung erwähnt worden.

5) Der Senat hat ~~keine~~ keinen Pressesprecher.

6) Die Texte der am Abend des Prozenbeginns ausgestrahlten ARD-Sendung waren mir unbekannt.

344 928 (3)
7) Der Senat hält keine Übersichten
über die Prozenbestandshaltung.

II. Wegen meiner Äußerungen und prozen-
stehenden Verfügungen in der Verhandlung
verweise ich auf das Protokoll.

King

Anlage 1: Ausschnitt aus der Dienstlichen Äußerung
vom 3. 7. 1975

Die Untersuchung der Gefangenen durch "neutrale (= externe) Ärzte ist von mir seit längerem ins Auge gefasst. Ich habe Herrn Dr. Rauschke im Anschluss an sein erstes Auftreten in der Hauptverhandlung gebeten, dem Senat Vorschläge für eine ärztliche Fachkommission zur Untersuchung der Angeklagten zu machen. Es ist mit ihm abgesprochen, dass er diese Vorschläge bei der nächsten Anhörung bekannt gibt. Ich habe ferner vorgestern mit Herrn Ministerialdirigenten Dr. Reuschenbach beim Justizministerium Stuttgart gesprochen und angeregt eine solche Untersuchung unabhängig von der gerichtlich zu klärenden Frage der Verhandlungsfähigkeit als Vollzugsangelegenheit durchzuführen.